

Zoll optimieren und Rechte der Beschäftigten stärken

Die Positionierung des BDZ zum Ergebnis der „Werthebach-Kommission“ hat erwartungsgemäß zu einem unterschiedlichen Echo unter den Beschäftigten der Zollverwaltung geführt. BDZ-Chef Klaus H. Leprich, der Mitglied des Beirats gewesen ist, erklärte in Berlin, er habe nichts anderes erwartet. Das gelte auch für die unsachliche und polemische Reaktion der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Selbstverständlich könne jede Gewerkschaft ihre Vorstellungen mit Nachdruck vertreten und sich über alle Beteiligten kritisch äußern. Es gebe aber Grenzen der Fairness im Umgang miteinander. Wer sich so verhalte, entziehe sich jeglicher gewerkschaftlichen Zusammenarbeit.

Leprich äußerte wörtlich: „Das hat schon etwas mit Bauernfängerei zu tun, wenn behauptet wird, die Errichtung einer ‚Bundesfinanzpolizei‘ hätte zwangsläufig zu einem wahren Füllhorn von Verbesserungen für die Vollzugskräfte des Zolls geführt. Dieser scheinbare Automatismus ist reiner Populismus.“

Nach dem Bekenntnis zum Zoll als selbstständiger Organisationsform erwarte der BDZ allerdings nicht nur eine intensive Befassung mit den Vorschlägen der „Werthebach-Kommission“ und deren Umsetzung, sondern auch die Betrachtung und Beseitigung der laufbahnrechtlichen, dienstrechtlichen, besoldungsrechtlichen und versorgungsrechtlichen Unterschiede und Benachteiligungen der Zöllnerinnen und Zöllner gegenüber dem Bundeskriminalamt und der Bundespolizei.

Zum Auftakt des neuen Jahres wird der BDZ deshalb in einer Reihe von Gesprächen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Fraktionen entsprechend seiner bisherigen Gewerkschaftspolitik sowie in der Umsetzung des Leitantrages des 29. Gewerkschaftstages des BDZ im Oktober 2010 seine Forderungen für die Zollverwaltung und deren Beschäftigten politisch erneuern und bekräftigen.

Zur aktuellen Diskussion über die Beurteilungsrunde erklärte Leprich, vorrangig müsse jetzt durchgesetzt werden, dass die Anlage 1 der Beurteilungsrichtlinien (BRZV) durch eine geeignete Leistungsbewertung ersetzt und das Beförderungsverfahren wieder normalisiert wird. Dazu gehöre, dass künftig wieder jede freiwerdende Planstelle umgehend für eine Beförderung genutzt werde und auch die Anschlussbeförderungen zeitnah erfolgen.

Berlin, 20. Dezember 2010

36